Vor dem Verfalltage.

Die Pariser Konferenz hat ein jähes Ende gefunden. Als sich an dem denkwürdigen 4. Januar 1923 in der Verhandlung herausstellte, daß ein Kompromiß zwischen den englischen und französischen Auffassungen unmöglich wäre, wurde die Sitzung um 4½ Uhr unterbrochen auf eine Stunde, und nach weiteren drei Stunden verabschiedete sich Bonar Law mit der von Poincaré erwiderten Versicherung warmer Freundschaft. Ob die geschmeidigste Diplomatensprache in diesem Falle hinreicht, die Gedanken der beiden Staatsmänner zu verbergen, ist eine Frage, die nicht beantwortet zu werden braucht. Mit einem Schlage ist der Haufen von Vorschlägen, Denkschriften und Gutachten Makulatur geworden. Nicht auf das kommt es an, was die Vertreter Englands, Italiens, Belgiens im Beratungszimmer vorgebracht haben, sondern auf das, was Poincaré nach diesem seinem Gewaltstreich zu tun beabsichtigt.

Er hat nicht nur die Konferenz gesprengt, sondern auch den Versailler Vertrag. Sein Machtgefühl ist unbegrenzt, die Brüskierung der Vertragsmächte bezeugt es und ein kriegsbereites Heer verleiht seiner Haltung Nachdruck. Ob sich die Entente auflöst oder nicht, ist für Frankreich belanglos; jedenfalls führt sie nicht erst seit dem 4. Januar nur ein Scheindasein, und die Welt erlebt das Schauspiel, daß sie dem Willen eines einzigen Vierzigmillionenvolkes unterworfen ist. Dadurch rächt sich die Schuld von Versailles an ihren Urhebern, aber zunächst leidet Deutschland. Auf das Sezierbrett geschnallt, muß es seiner eigenen Vivisektion zusehen. Um dies ausführen zu können, lehnte Frankreich in der Konferenz die für Deutschland unerfüllbaren englischen Vorschläge ab, und zwar in denkbar schroffer Form. Poincaré weigerte sich, überhaupt in die von Bonar Law verlangten Erörterungen einzutreten, was nahezu der Behandlung Deutschlands gleichkommt, dessen Vorschläge nicht einmal entgegengenommen wurden. Dabei war der englische Premierminister in seinen Angeboten bis zur äußersten Grenze der Nachgiebigkeit gegangen und wollte nur im eigenen wohlverstandenen Interesse die weitere Krediterschütterung der deutschen Volkswirtschaft verhüten. In diesem Punkte blieb er fest und ließ sich kein Zugeständnis abringen. Für Deutschland, dem wehrlosen, stummgemachten Zaungast der Beratungen, mag die Festigkeit theoretisch einen kleinen Trost bedeuten, in der Praxis hilft ihm dies nichts. Wenn Foch drei Divisionen ansetzt und zwei Drittel des Ruhrgebiets abschürt, wenn die Beschlagnahme von Zöllen, Domänen des Staates, von Bergwerken usw. erfolgen und kriegsmäßig Requisitionen zur Eintreibung des Tributs vorgenommen werden, müssen wir stillhalten, uns auf Proteste beschränken, die nicht einmal gelesen werden, und dürfen nur, wenn das hereinbrechende Chaos andere Staaten in Mitleidenschaft zieht, auf deren Eingreifen hoffen.

Es wäre möglich, daß die Annäherung Englands an die Vereinigten Staaten Früchte auch für uns trägt. Ein finanzieller Druck dieser beiden Mächte, die Gläubiger Frankreichs sind, liegt sozusagen in der Luft. Die amerikanische Volksstimmung ist Poincaré nicht günstig, und wenn sie auch weit entfernt von Sympathien für Deutschland ist, will sich doch die Großfinanz von französischer Hartnäckigkeit das Gesetz ihres Handelns und Handels vorschreiben lassen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der letzte Abschluß der Konferenz in der öffentlichen Meinung aller Länder die Empfindung auslösen wird, es müsse dem französischen Imperialismus ein Paroli geboten werden, und wenn Poincaré auf eine Isolierung Frankreichs hinarbeite, habe er die Folgen davon zu tragen. Schon soll, wie aus New York gemeldet wird, Harding Fühlung mit England für weitere Vorschläge genommen haben, aber ob daraus für Deutschland alsbald ein greifbarer Vorteil entsteht, scheint doch fraglich.

Am 15. Januar, in kaum mehr als einer Woche Frist, ist der Verfalltag für die nächsten Reparationszahlungen da. Ueber die Aussicht auf eine Schuldbegleichung herrscht noch Ungewißheit, und so sind wir in eine Periode der Geduldsproben geraten, eine Probe mit gebundenen Händen. Poincaré steht auf dem Sprunge, und es ist kaum anzunehmen, daß alles, was wir von seinen Absichten durch die Mitteilungen über die Verhandlungen im Elysee und durch die Denkschrift Dariacs über die Französierung deutscher Landstriche gehört haben, lediglich den Charakter theoretischer Erwägungen trägt. Man hat auch wohlmeinend eine Anrufung des Völkerbundes aufs Tapet gebracht, aber wer wird nach diesem Strohhalm greifen wollen. Wir leben in der schwersten Leidenszeit, die jemals über Deutschland verhängt worden ist, aber wir wollen den Mut trotzdem nicht sinken lassen und mit vereinten Kräften dem Schicksal abzuringen suchen, was noch abzuringen ist. —nd.

Was nun?

Man nimmt in informierten Kreisen an, daß die englische Regierung einen formellen Protest gegen ein Sondervorgehen Frankreichs erlassen wird, und zwar unter Hinweis auf die betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles. Man glaubt auch, daß die britische Regierung öffentlich erklären wird, daß sie von den Ergebnissen, die durch die französischen Zwangsmaßnahmen einkommen werden, nichts zu erhalten wünscht. In Citykreisen ist man der Ansicht, daß der sinkende Frankkurs die französischen Politiker sehr bald zur Besinnung bringen wird. Im übrigen hält man in der englischen Hauptstadt die Lage noch nicht für besonders gefahrvoll. Man rechnet damit, daß jetzt

die amerikanische Regierung

auf den Plan treten und daß dadurch noch vor dem 15. Januar eine andere Lage geschaffen werden wird. Harding hatte mit dem amerikanischen Botschafter in Paris Harvey und dem Senator Lodge im Weißen Haus gerade eine Unterredung, als der Abbruch der Pariser Besprechungen bekannt wurde. Er verabschiedete sich daraufhin sofort von dem Senator Lodge und konferierte mit Hughes und dem Botschafter Harvey über die Frage einer eventuellen amerikanischen Intervention. Wie die Chicago Tribune versichert, ist im Senat die Gruppe, die ein Eingreifen Amerikas wünscht, eifriger denn je am Werke um die Regierung und die Mehrheit des Senats für ihre Ansichten zu gewinnen.

Die französische Presse triumphiert

über den Sieg Poincarés. Dieser selbst erklärte, daß er vor dem Verlauf der Konferenz befriedigt sei. Die Pariser Blätter nehmen den Bruch mit England nicht tragisch, sondern sprechen nur von einer zeitweiligen Verstimmung. Sehr gelobt wird natürlich Mussolini, auf dessen Einwirkung man die augenfällig franzosenfreundliche Haltung der italienischen Vertreter auf der Konferenz zurückführt.

Hardings Hilfsbereitschaft.

Nach Blättermeldungen aus Washington hat Präsident Harding alle seine anderweitigen Verpflichtungen zurückgestellt, um mit Botschafter Harvey und Staatssekretär Hughes wegen einer baldigen amerikanischen Aktion Erörterungen einzuleiten. Es verlautet, daß er hinsichtlich der künftigen Stellungnahme der Vereinigten Staaten die entschiedenste Haltung eingenommen habe. Er sei entschlossen, dahin zu wirken, daß die Reparationsfrage gelöst werde, und er sei bereit, auch die letzten Mittel Amerikas anzuwenden, um eine Verständigung zu erreichen.

Frankreich marschiert.

Die Reparationskommission ist einberufen worden, um eine vorsätzliche Verfehlung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen festzustellen. Sobald Sir John Bradbury von der Anberaumung der Sitzung unterrichtet wurde, teilte er offiziell dem Vorsitzenden der Kommission Barthou mit, daß er an den Beratungen der Kommission nicht teilnehmen werde.

Wie das Journal aus Mainz meldet, sind die französischen Truppen in den Kasernen in dem besetzten deutschen Gebiet in Alarmbereitschaft versetzt und alle Urlauber zurückberufen worden.

Der letzte Tag.

Zu Beginn der letzten Verhandlungen unterbreitete Marchese della Torretta neue italienische Vorschläge, die, wie Havas wissen will, dem französischen Plan sehr nahekommen sollen und vor allem den Gedanken der Beschlagnahme von Pfändern als Gegenleistung für einen Zahlungsaufschub für Deutschland einschlössen. Poincaré beantwortete dann die von Bonar Law am Mittwoch erhobenen Einwände. Bonar Law seinerseits ging auf die Kritiken Poincarés an dem englischen Plan ein. Poincaré erwiderte und erklärte, daß er die englische Note zur Kenntnis genommen habe und es ihm genüge, festzustellen, daß dieses Dokument den Grundsatz der Pfänderbeschlagnahme, den die französische Regierung für unerläßlich halte, ablehne. Es

erscheine ihm daher unmöglich,

in die von Bonar Law verlangte Erörterung einzutreten. Auf Drängen der englischen Delegation und der belgischen Vertreter wurde dann vereinbart, daß jede der Abordnungen für sich den englischen Entwurf und die italienischen Pläne einer Prüfung unterziehen und nach einer Stunde die Konferenzverhandlungen wieder aufnehmen sollte. Darauf zogen sich die Abordnungen um ½5 Uhr je nach einem besonderen Raum zurück um die gewünschte rasche Ueberprüfung vorzunehmen. Die englische Delegation begab sich in ihren Gasthof.

In der Schlußsitzung

gab Bonar Law, wie Havas amtlich meldet, die folgende Erklärung ab:

„Die Regierung Seiner Majestät ist, nachdem sie die französischen Vorschläge mit größter Aufmerksamkeit geprüft hat, zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Vorschläge, wenn sie zur Ausführung gebracht werden, nicht nur nicht die Ergebnisse zeitigen werden, die sie erreichen sollten, sondern wahrscheinlich ernste und sogar unheilvolle Folgen für die wirtschaftliche Lage Europas nach sich ziehen werden. Unter diesen Umständen kann sich die britische Regierung diesen Vorschlägen weder anschließen, noch eine Verantwortung für sie übernehmen. Die Regierung Seiner Majestät will gleichzeitig der Regierung der Französischen Republik versichern, daß sie die unversöhnliche Meinungsverschiedenheit in einer so ernsten Angelegenheit bedauert, daß aber dadurch die freundschaftlichen Gefühle nicht nur der Britischen Regierung, sondern nach ihrer Ueberzeugung auch des britischen Volkes gegenüber der Französischen Regierung und dem französischen Volk unverändert bleiben."

Darauf erhob sich Poincaré und erklärte:

„Die Regierung der Französischen Republik hat ihrerseits die britischen Vorschläge sehr aufmerksam und sehr eingehend geprüft. Je mehr sie sie studiert hat, desto mehr mußte sie erkennen, daß sie mit ihren wesentlichen Herabsetzung der französischen Forderung eine Umgestaltung des Friedensvertrages von Versailles nach sich ziehen, und daß es ihr unmöglich wäre, derartige Lösungen anzunehmen. Die Regierung der Französischen Republik bedauert es lebhaft, daß sie sich über diese ernsten Fragen mit der Britischen Regierung nicht hat verständigen können. Sie dankt aber der Britischen Regierung für ihre freundschaftlichen Erklärungen und kann ihr die Versicherung geben, daß trotz dieser Meinungsverschiedenheit die Gefühle der Regierung der Französischen Republik und des französischen Volkes gegenüber England unverändert herzlich bleiben werden."

Bonar Law empfing nach der Sitzung die englischen Pressevertreter und erklärte ihnen, schon während der Londoner Besprechungen sei klar zutage getreten, daß zwischen England und Frankreich ein tiefer Gegensatz in der Reparationsfrage bestehe, und zwar nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen den Völkern. Trotzdem habe man beschlossen, in Paris noch einen Versuch der Verständigung zu unternehmen. Poincaré habe aber das Richtige getroffen, als er sagte, es sei besser, offen den Gegensatz festzustellen und dabei gute Freunde zu bleiben, als die Freundschaft durch aussichtslose Versuche einer Kompromißlösung zu gefährden. Er könne dieser Auffassung nur beipflichten.

Vergiftete Waffen.

Poincaré hat nach Amerika den deutschen Friedenspakt-Vorschlag dahin kommentiert, daß er Deutschland völlige Freiheit lasse, namentlich Polen und die Tschechoslowakei und sogar Neutrale anzugreifen, um die von Dänen und Polen bewohnten Gebiete wieder an sich zu reißen und mit der Vorbereitung seiner Vorherrschaft in Europa wieder zu beginnen. Wir wissen schon jetzt sehr gut, sagte er, daß Deutschland, sobald es wieder zum Kriege schreitet, sich zuerst auf die kleinen Nationen stürzen wird. Ein Sicherheitspakt würde ihm das Recht dazu nicht nehmen, uns aber würde er es versagen, ihnen zu Hilfe zu kommen. — Eine Antwort auf die Behauptungen Poincarés, die wir nur hören, nicht ausbleiben.

Ausscheiden Englands

aus der Reparationskommission?

In einer Erklärung der Agentur Havas heißt es: Nach drei Tagen der Diskussion ist die Reparationskonferenz mit der Feststellung der Uneinigkeit der Alliierten über die Reparationspolitik zu Ende gegangen. Frankreich und mit ihm Belgien und Italien behielten ihre Handelsfreiheit. Es ist nicht zweifelhaft, daß sie davon Gebrauch machen werden, mit Kaltblütigkeit und mit Mäßigung, aber auch mit Entschlossenheit und Festigkeit, um das sehr entgegenkommende Programm durchzuführen, das Frankreich der Zustimmung seiner Alliierten empfohlen hat.

Die Agentur Havas fährt fort, die Lage sei klar im Gegensatz zu den zahlreichen Konferenzen der letzten zwei Jahre, deren vermittelnde Lösung die Alliierten in einem fortgesetzten Mißverständnis gehalten hätte. Die Entscheidung liege nunmehr bei der Reparationskommission, die über das deutsche Moratoriumsverlangen beschließen müsse. In gewissen englischen Kreisen sei erklärt worden, England habe die Absicht, sich nicht länger in der Reparationskommission vertreten zu lassen. Dieses Gerücht habe jedoch noch keine Bestätigung gefunden, und wenn es begründet sein sollte, müsse darauf hingewiesen werden, daß die in der Kommission vertretenen Regierungen sich aus ihr erst zurückziehen könnten, nachdem sie 12 Monate vorher ihren Austritt angesagt und ihn im Laufe des sechsten Monats danach bestätigt hätten.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet eine amtliche Erklärung der Reichsregierung über den Konferenzabbruch, in der es u. a. heißt: „Die Pariser Konferenz ist ergebnislos verlaufen. Es hat sich herausgestellt, daß die auf der Konferenz vertretenen Mächte nicht einmal dem englischen Reparationsplan, der eine Gesamtschuld Deutschlands mit einem Gegenwartswert von nahezu 40 Milliarden Goldmark vorsah, eine Summe, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands

bei weitem überschritten

hätte, ihre Zustimmung erteilen wollten. Die deutsche Regierung hat in ernsten Besprechungen mit maßgebenden Faktoren der deutschen Wirtschaft eine eingehende Untersuchung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands angestellt und das Ergebnis in Vorschlägen, die bis an die äußerste Grenze dieser so festgestellten Leistungsfähigkeit gingen, niedergelegt. Sie hat an die Konferenz das Ersuchen gerichtet, diese Vorschläge entgegenzunehmen und durch einen Beauftragten erläutern zu lassen.

Deutschland ist nicht gehört worden,

obwohl es nach dem Friedensvertrag einen Anspruch darauf hat. Seine Vorschläge sind in Paris nicht einmal entgegengenommen worden. Die deutsche Regierung hat angesichts der Ablehnung, die in Paris schon der englische Reparationsplan gefunden hat, davon abgesehen, ihre Vorschläge, die unter diesen Umständen keine Aussicht auf Berücksichtigung haben konnten, der Konferenz unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen.

Trotz dieser neuen Enttäuschung hält die Regierung an der Ueberzeugung fest, daß nur eine vernünftige und für Deutschland tragbare Lösung der Reparationsfrage Europa vor dem sonst unvermeidlichen Ruin bewahren kann. Sie wird sich von dem Wege, wie er durch die Note vom 14. November und die darauf folgenden Erklärungen vorgezeichnet, und wie er vom Reichstag gebilligt worden ist, nicht abdrängen lassen."

Inland und Ausland.

Der Pfälzer Kreistag ist in Speyer zusammengetreten und hat seine Tätigkeit mit einer flammenden vaterländischen Kundgebung eröffnet, die mit den Worten schließt: „Der Kreisausschuß weiß sich eins mit dem Kreistag, eins mit den sämtlichen Pfälzern, wenn er Veränderungen ablehnt, die mit Sicherheit nur schwere Gefährdung des wirtschaftlichen Wohles der Bevölkerung und der deutschen Kultur in sich schließen können. Die Pfalz hat im Laufe der Jahrhunderte oft und viel gelitten. Sie hat trotzdem nie aufgehört, deutsch zu sein: sie wird auch in Zukunft dem deutschen Volke die Treue bewahren".

Ein hannoverscher Landesbischof. Wie die altpreußische Landeskirche, haben nun auch die Landeskirchen Hannover und Frankfurt (Main) ihr Verfassungswerk zum Abschluß gebracht. Die Annahme durch die Kirchenparlamente erfolgte einstimmig. Neu ist in Hannover das Amt des Landesbischofs als geistlicher Leiter der Kirche.